

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

## **Bundshaushalt 2019: Für eine Politik, die rechnen kann**

Die Finanzen des Bundes werden derzeit durch drei Entwicklungen bestimmt:

1. Die Steuereinnahmen steigen auf immer neue Rekordhöhen an, weil so viele Menschen in Deutschland so viel erarbeiten wie nie zuvor.
2. Die Große Koalition aus Union und SPD erhöht Jahr für Jahr die Ausgaben des Staates, so dass die Ausgaben schneller steigen als die Einnahmen.
3. Union und SPD entscheiden sich vor allem für konsumtive und gegen investive Ausgaben, so dass die gute Wirtschaftslage derzeit nicht genutzt wird, um Wachstum und Wohlstand in der Zukunft zu sichern.

Eine Folge dieser drei Entwicklungen ist, dass die Menschen in Deutschland mehr Steuern und Abgaben zahlen als in nahezu allen anderen Ländern der Welt. Die Große Koalition will daran leider nichts ändern.

Die Politik in Deutschland muss im Moment härter denn je daran arbeiten, respektiert zu werden. Für die FDP-Bundestagsfraktion ist es daher eine Frage des Respekts vor der Wirtschafts- und Arbeitsleistung der Menschen, in den Beratungen zum Bundshaushalt nach den Prinzipien von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vorzugehen. Nur wenn wir realistische und konkrete Einsparvorschläge machen, können wir an den wichtigen Stellen auch mehr Geld einsetzen. Deshalb stehen die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag für eine Politik, die rechnen kann.

Unsere wichtigsten Sparvorschläge:

- Rücknahme der Rente mit 63: Denn wir wollen keine Anreize zur Frühverrentung, sondern, dass Menschen grundsätzlich länger aktiv im Berufsleben und in den Betrieben bleiben – 3 Mrd. Euro
- Kürzung des Energie- und Klimafonds: Die Klimapolitik rund um das EEG ist gescheitert, weil sie seit 18 Jahren keinen relevanten Beitrag zur Senkung der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen leistet. Wir wollen keine teure Symbolpolitik, sondern marktwirtschaftliche Klimapolitik aus einem Guss und mit Sinn und Verstand, durch einen erweiterten Emissionshandel – 1 Mrd. Euro
- Verkauf der Telekom-Anteile des Bundes: In einer Marktwirtschaft brauchen wir keine teilstaatlichen Unternehmen – 1 Mrd. Euro
- Streichung des Baukindergelds: Es ist absurd, dass der Staat jungen

Familien die Grunderwerbsteuer aus der linken Tasche nimmt, nur um das Baukindergeld in die rechte Tasche zu legen. Wir wollen stattdessen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer – 600 Mio. Euro

Unsere wichtigsten Ausgabenschwerpunkte:

- Schwerpunkt Bildung und Wissenschaft: Bildung legt das Fundament für ein Leben voller Chancen, unabhängig vom Elternhaus. Wir werden u. a. die berufliche Bildung stärken durch ein elternunabhängiges BAföG und die Förderung der Meisterausbildung und wir wollen endlich die Digitalisierung in den Schulen voranbringen.
- Schwerpunkt Digitalisierung: Die erfolgreiche digitale Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft ist entscheidend für Wohlstand und Wachstum in Deutschland. Wir werden u. a. quer durch alle Politikbereiche die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben, damit Deutschland beim digitalen Wandel endlich schneller vorankommt als andere, sowie bspw. Blockchain-Anwendungen oder die Digitalisierung in Handwerk und Mittelstand fördern. Alle staatlichen Fördergelder wollen wir auf strategische Zukunftsbereiche wie Künstliche Intelligenz und Digitalisierung konzentrieren. Die Menschen in Deutschland haben keine Angst vor der Digitalisierung, sondern davor, dass die Politik in unserem Land die damit verbundenen Chancen verschläft.
- Schwerpunkt Infrastruktur: Leistungsfähige Straßen und Netze sind Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft. Wir wollen weg vom Ansatz der Großen Koalition nach dem Motto „viel hilft viel“ und stattdessen mit unseren Vorschlägen dafür sorgen, dass Baumaßnahmen schneller und effizienter umgesetzt werden können. Damit die Menschen weniger im Stau stehen - online und offline.
- Schwerpunkt Entlastung: Wir wollen, dass die Menschen mehr von dem, was sie erarbeiten, behalten können, damit nicht Angela Merkel und Andrea Nahles, sondern jeder Einzelne selbst darüber entscheidet, wofür mehr Geld ausgegeben werden soll und wofür nicht. Wir wollen bis 2020 den Soli vollständig abschaffen, und auch die größte Ungerechtigkeit im deutschen Steuersystem, die Kalte Progression, die vor allem die hart arbeitende Mitte trifft, mit einer automatischen Anpassung des Steuertarifs an die Inflation und die durchschnittliche Einkommensentwicklung („Tarif auf Rädern“) ein für alle Mal abschaffen.
- Schwerpunkt Schuldenabbau: Nur wer in guten Zeiten Schulden abbaut, kann in schlechten Zeiten auch mal einen Kredit in Anspruch nehmen. Die FDP-Bundestagsfraktion ist die einzige politische Kraft, die alte Schulden abtragen will. Was in jedem Haushalt normal ist – Schulden zurückzahlen - ist bei den Politikern von Schwarz und Rot bis Grün offenbar verpönt. Wir werden auch dieses Jahr wieder zeigen, dass alte Schulden abbezahlt werden können.

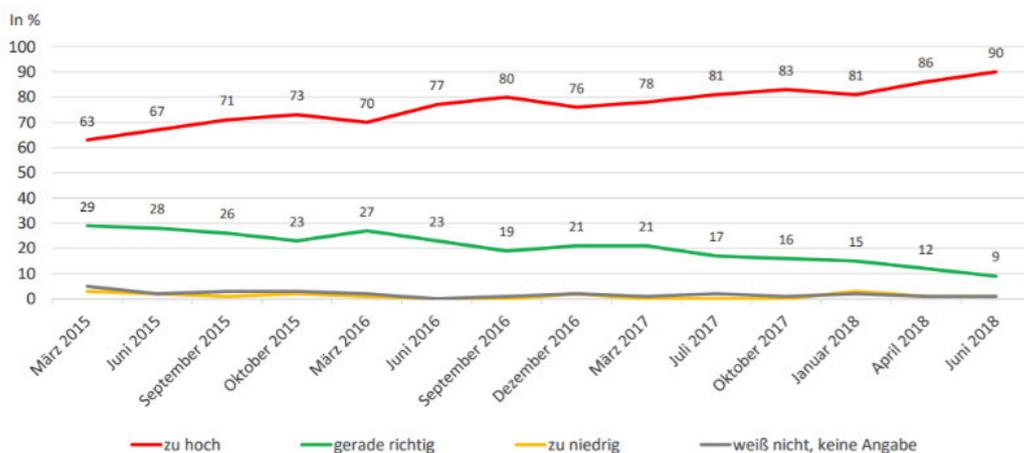
Wir erleben gerade zeitgleich eine beispiellose Wachstumsphase und einen tiefgreifenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Verantwortung für die Zukunft des Landes bedeutet, diesen Aufschwung zu nutzen, um den Wandel erfolgreich zu gestalten.

Seit Jahren steigt die Unzufriedenheit der Menschen mit der Belastung durch Steuern und Abgaben. Politiker, die den Menschen immer wieder versprochene Entlastungen wie etwa beim Soli vorenthalten und gleichzeitig für immer neue Zwecke Steuergeld ausgeben, haben das Vertrauen in Staat und Politik schon viel zu lange untergraben. Wir wollen mit Redlichkeit und Ehrlichkeit den linken und rechten Rattenfängern den Boden entziehen. Die FDP-Bundestagsfraktion wird die Haushaltsberatungen 2019 nutzen, um wichtige Weichenstellungen bei Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur vorzunehmen, und gleichzeitig zeigen, dass Entlastungen möglich sind – wenn man es denn wirklich will.

## Eigene Steuer- und Abgabenlast - Trendanalyse



Insbesondere die Haltung zur eigenen Steuer- und Abgabenbelastung hat sich im Trend deutlich verschlechtert: der Anteil derer, die diese als zu hoch empfinden, hat im Vergleich zum Vorjahr um knapp 10 Prozentpunkte zugenommen.



### MENTE > FACTUM

Juni 2018 | 5 Klaus-Peter Schöppner

Frage: Und wenn Sie mal Ihre eigene Steuer- und Abgabenbelastung im Vergleich zu dem beurteilen, was der Staat Ihnen wieder zurückgibt: Halten Sie dann Ihre eigene Belastung alles in allem für:

Basis: 1007 Befragte (14. Welle)

Ansprechpartner:  
 Otto Fricke MdB, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion  
 Telefon: 030 227 75255 – E-Mail: otto.fricke@bundestag.de